

# BLÄTTER ZUM LAND

1 | 2013

## Die Mainzer Republik

„Mainzer Republik“ – so wird die Zeit zwischen Oktober 1792 und Juli 1793 genannt, als die französischen Truppen die Revolution an den Rhein bringen wollten, als Mainz zum Zentrum einer Republik werden sollte und als sich die gewählten Vertreter aus Mainz und seinem linksrheinischen Umland im sogenannten „Rheinisch-Deutschen Nationalkonvent“ für den Anschluss der Region zwischen Landau und Bingen an das revolutionäre Frankreich aussprachen.

### Am Anfang stand ein fehlgeschlagener Feldzug

Am 20. April 1792 hatte die französische Nationalversammlung (= Parlament und Gesetzgebungsorgan) Österreich den Krieg erklärt, im Juli trat Preußen an die Seite Österreichs. Ein auf dem Mainzer Fürstenkongress im gleichen Monat formuliertes Manifest des Oberbefehlshabers der verbündeten Truppen, des Herzogs von Braunschweig, richtete sich vor allem an die Pariser Bevölkerung. Sie wurde vor massiver militärischer Vergeltung gewarnt, falls die Sicherheit der französischen Königsfamilie nicht gewährleistet werden sollte. Doch gerade diese Drohungen lösten in Paris eine Radikalisierung der Revolution aus, die letztlich zur Absetzung des Königs

und zur Ausrufung der Republik führte. Der Mainzer Kurfürst Erthal stand – anders als die neutrale Kurpfalz – von Anfang an fest auf der Seite der Verbündeten, deren Vormarsch nach Paris die Revolution beenden und die alten Machtverhältnisse wieder herstellen sollte. Schlechte Vorbereitung, lange Regenfälle, die das Vorwärtskommen behinderten, eine Ruhrepidemie und schließlich die berühmte „Kanonade von Valmy“ vom 20. September



stoppten das so siegesgewisse Unternehmen in der Champagne, etwa 230 km vor Paris. Anders als geplant marschierten nicht die verbündeten österreichischen, preußischen und hessischen Truppen in Paris ein; vielmehr starteten die Franzosen eine Gegenoffensive, in deren Verlauf die Rheinarmee unter General Custine von Landau aus über Speyer und Worms auf Mainz zumarschierte, das am 21. Oktober kampflos kapitulierte. Einen Tag später nahmen die Franzosen auch Frankfurt ein.



Georg Anton Abraham Urlaub: Friedrich Carl Joseph von Erthal, 1784/85, Pastell, Landesmuseum Mainz (GDKE), Inv. Nr. MP 2002/2 © Generaldirektion Kulturelles Erbe (GDKE) Landesmuseum Mainz (Foto: Ursula Rudischer)

### **Französische Besetzung am Rhein**

Es ist mittlerweile üblich, das nun folgende Dreivierteljahr der französischen Besetzung angesichts der militärischen Situation und der Besatzungspolitik in drei deutlich zu unterscheidende Abschnitte zu unterteilen:

- ein erster von Oktober bis Dezember 1792, von Franz Dumont als „liberale Phase“ charakterisierter Zeitraum,
- die Monate Januar bis März 1793, die von stärkerem politischen und militärischen Druck geprägt waren und
- die letzte Phase von April bis Juli, in der das linke Rheinufer wieder zurück erobert worden

war und sich die französischen Truppen nur noch in Mainz halten konnten; die Stadt litt unter Belagerung und Kriegsrecht.

Die Franzosen kamen als Befreier - so ihr Selbstverständnis. Das politische Programm des Pariser Nationalkonvents im Oktober 1792 war, der Bevölkerung in den besetzten Gebieten die Freiheit zu bringen, sie vom „Joch der Tyrannei“ zu entbinden und ihnen das Selbstbestimmungsrecht über ihre zu-



General Adam Philippe Custine  
© Stadtarchiv Mainz – BPS

künftige Staatsform zuzugestehen. Gleichzeitig war darauf zu achten, dass nicht die bislang „Unterdrückten“ durch die Besetzung belastet werden, sondern deren Unterdrücker. Im Vertrauen darauf, dass sich die befreiten Völker ohnehin für den Anschluss an das revolutionäre Frankreich entscheiden würden, sollten Urwahlen durchgeführt werden. Mit diesen Plänen der Eingliederung benachbarter Territorien befand sich die revolutionäre Politik aber auch eindeutig in der Tradition König Ludwigs XIV. Damals wie jetzt spielte der Rhein als „natürliche Grenze“ Frankreichs eine hervorgehobene Rolle. Tatsächlich traten die französischen Soldaten zunächst ungewohnt diszipliniert und

vergleichsweise rücksichtsvoll im Umgang mit der Zivilbevölkerung auf. Das Ziel, das besetzte Gebiet nicht als Eroberung, sondern auf freiwilliger Basis mit dem Mutterland der Revolution zu vereinen, erforderte Überzeugungsarbeit der Besatzer. Eine „Revolutionierung“ von oben konnte nur gelingen, wenn sie innerhalb der Bevölkerung auf genügend Echo stieß. Es musste also für den Systemwechsel und damit letztlich für den Anschluss an Frankreich geworben werden.

Angesichts der ungleichen Strukturen in den Städten und Dörfern waren die Bedingungen dafür sehr unterschiedlich. Neben Reichsstädten wie Worms oder Speyer

*Georg Wilhelm Böhmer*  
© Stadtarchiv Mainz  
– BPS

gab es kleine Land-, Amts- und Residenzstädte, Dorfgemeinden verschiedenster territorialer Zugehörigkeiten und eben die Residenzstadt Mainz. Ausgenommen waren die zahlreichen Gemeinden und Amtsstädte, die zur neutralen Kurpfalz zählten. Schon diese Mischung vormalis nie zusammengehöriger Gemeinwesen machte einen einheitlichen Verlauf der Revolutionierung mehr als unwahrscheinlich.

### **Konflikte und neue Begriffe**

Fast überall in der Region hatten die Nachrichten aus dem nahen Frankreich seit 1789 für Reaktionen gesorgt. Häufig wurden alte Konflikte zwischen Obrigkeit und Bürgerschaft mit neuem revolutionären Vokabular - und teilweise auch vehement - wieder aufgenommen: in Worms etwa wurden Streitigkeiten zwischen dem Rat (der Stadt) und der Bürgerschaft, aber auch innerhalb des Rates mit Hinweisen auf die französischen Vorgänge ausgetragen, in kurpfälzischen Dörfern des Oberamtes Alzey wurde die geplante Wieder-

einführung einer alten leibherrschaftlichen Abgabe verschoben und in Mainz nutzten Handwerker Fahnen und Abzeichen in den französischen Nationalfarben für ihren Protest gegen die Zunftpolitik des Kurfürsten. In allen Territorien wurde von der jeweiligen Obrigkeit vor Flugblättern und Schriften der Franzosen gewarnt, die offensichtlich vom Elsass aus ihren Weg in die Region fanden. Viele Konflikte waren jedoch strukturell bedingt und konnten innerhalb des alten Systems offensichtlich nicht mehr gelöst werden; von einer vorrevolutionären Stimmung kann allerdings kaum die Rede sein.



### **Mainzer Jakobiner**

Als General Custine Mainz erreichte, waren Kurfürst Erthal und sein Hof (mit Bediensteten sicher mehrere tausend Personen) längst geflohen. Mit dem französischen Heer kam der wegen seiner „Freigeisterei“ höchst umstrittene Wormser Gymnasialprofessor Georg Wilhelm Böhmer in die Stadt, der sich Custine schon

Anfang Oktober als Sekretär angeschlossen hatte. Ihm kam bei der Werbung für die Revolution in Mainz eine wichtige Rolle zu. Bereits unmittelbar nach der Kapitulation der Stadt rief er – jetzt als Redakteur der „Mainzer Zeitung“ – zur Gründung einer „Gesellschaft der Freunde der Freiheit und Gleichheit“ nach dem Vorbild des Pariser Jakobinerclubs auf. Dieser schon am 23. Oktober 1792 gegründete Klub sollte für die geplante Revolutionierung der Mainzer Bevölkerung eine wesentliche Rolle spielen. Bis Ende November traten ihm fast 500 Personen bei. Ein relativ strenges Aufnahmeverfahren und die Verpflichtung auf den Eid, „frei leben und sterben“ zu wollen, sollte für die klare Positionierung der Klubmitglieder sorgen.

Federführend bei der Gründung und dann auch in den Führungsfunktionen waren Intellektuelle wie Böhmer, Georg Wilhelm Wedekind, vormals kurfürstlicher Leibarzt und Medizinprofessor, der Mathematikprofessor Mathias Metternich, die Theologen Felix Anton Blau und Anton Joseph Dorsch, der 1790 nach Straßburg emigriert war und jetzt wieder nach Mainz zurückkehrte und nach einigem Zögern schließlich auch Georg Forster (bereits seit 1788 in Mainz als Universitätsbibliothekar), der in ganz Europa berühmte Naturforscher und Reiseschriftsteller.



Georg Forster,  
© Stadtarchiv  
Mainz – BPS

Mainzer in den folgenden Wochen für die Revolutionsziele zu begeistern und zu einer positiven Stellungnahme zu bewegen. Erreichten die

Professoren und Lehrer waren mit 21 Prozent im Klub eindeutig überrepräsentiert, ebenso mit 11 Prozent ehemalige kurfürstliche Amtsträger. Mit 45 Prozent der Mitglieder waren die Handwerker die größte Gruppe innerhalb des Klubs. Anfangs jeden Abend, später dann an vier Tagen der Woche, wurden im Klub Reden und Vorträge gehalten und diskutiert. In „Vorlesungen an das Volk“ wurden auch Nichtmitglieder angesprochen, so dass die Wirkung weit über den Klub hinausging.

Eine zweite Gruppe von Akteuren, die die Mainzer Bevölkerung von den Segnungen der französischen Revolution überzeugen sollten, hatte General Custine wenige Tage nach seinem Einmarsch aus Straßburg angeworben: um die Mainzer zu „elektrisieren“ und die Revolution in Speyer, Worms, Frankfurt und Mainz predigen zu lassen, suchte er geeignete Redner. Neben dem bereits erwähnten Dorsch folgten Friedrich Christian Cotta, Sohn des bekannten Stuttgarter Verlegers, und der Theologe Friedrich Georg Pape dem Ruf.

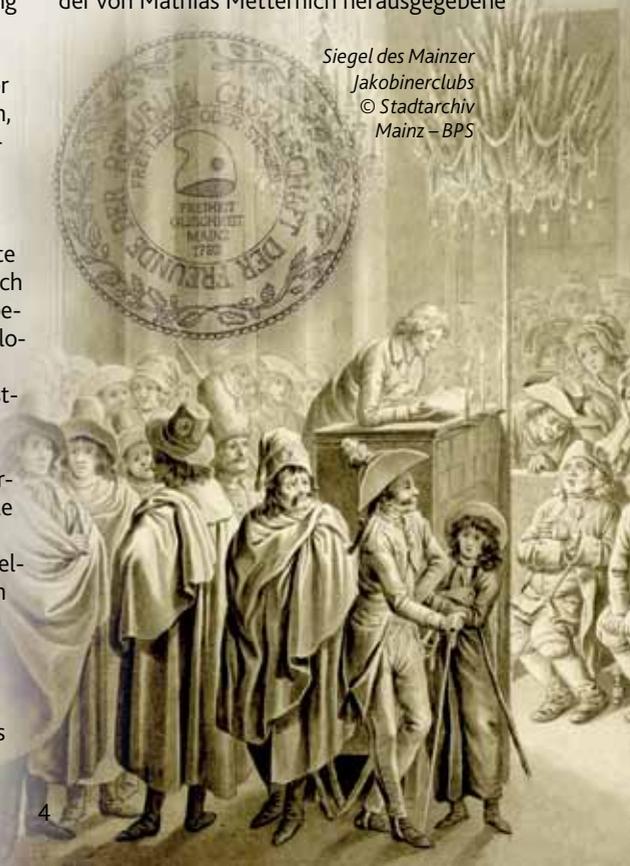
Nachdem Custine zunächst die alte kurfürstliche Verwaltung im Amt belassen hatte, ersetzte er sie im November durch eine „Allgemeine Administration“, die neben Verwaltungsaufgaben eindeutig politische Ziele zu verfolgen hatte. Das Führungspersonal dieser neuen Behörde stellte er aus den Intellektuellen des Klubs zusammen, allen voran Dorsch als Präsident und Forster als dessen Stellvertreter.

Auf verschiedenen Wegen versuchten die Jakobiner in Klub und Verwaltung einerseits und die Besatzungskräfte andererseits die

Reden und Diskussionen im Klub nur die dort Versammelten und deren direktes Umfeld, so konnte über Druckschriften ein weitaus größeres Publikum angesprochen werden. Böhmer selbst übernahm die Redaktion der Mainzer Zeitung. Das „Mainzer Intelligenzblatt“ wurde in den Dienst der Besatzungsmacht gestellt. Eigens gegründete Revolutionszeitschriften nach französischem Vorbild waren der von Mathias Metternich herausgegebene



Siegel des Mainzer  
Jakobinerclubs  
© Stadtarchiv  
Mainz – BPS



„Bürgerfreund“, Wedekinds „Patriot“ und „Der fränkische Republikaner“. Eine „Neue Mainzer Zeitung“ mit dem Untertitel „Der Volksfreund“ begründete Georg Forster im Januar 1793. Zu diesen Periodika kam eine erhebliche Menge an Flugschriften und Broschüren, in denen für die Revolutionisierung geworben wurde. Den direkten Kontakt suchten die Jakobiner bei Versammlungen, Feiern, in Wirtshäusern und nicht zuletzt auch über Predigten ihnen nahestehender Pfarrer. Eine wesentliche Rolle kam der symbolischen Vermittlung zu. Die Errichtung eines Freiheitsbaumes auf dem Höfchen in Mainz anstelle des dort stehenden Maß- und Gerichtssteins, der als Zeichen des alten Feudalsystems galt, lockte am 3. November viele Mainzer an. Das Aufstellen der Freiheitsbäume in den Städten und Dörfern wurde in den folgenden Monaten wie ein Volksfest nach Art der Kirchweihen inszeniert, mit Musik und Wein, freilich aber auch mit Reden und Unterschriftenlisten zugunsten des Anschlusses an Frankreich.

*Johann Jakob Hoch: Sitzung der Mainzer Clubisten im November 1792, Feder und Pinsel, Landesmuseum Mainz (GDKE), Inv. Nr. GS 1938/69  
© Generaldirektion Kulturelles Erbe (GDKE) Landesmuseum Mainz (Foto: Ursula Rudischer)*



## Eine neue Verfassung steht zur Wahl

Das Ziel all dieser Aktionen war die Absicht, eine positive Erklärung der Mainzer Bevölkerung zur Revolution zu erreichen. Anders als erwartet, fielen die Reaktionen keineswegs eindeutig aus. Schon am 27. Oktober 1792 hatte Custine die Vorsteher der Mainzer Zünfte zu sich bestellt, um von ihnen zu erfahren, ob sie bei der alten Verfassung bleiben wollten oder eine neue wünschten und keine ihn zufrieden stellende Antwort erhalten. Die Zünfte blieben zurückhaltend, vor allem wohl, weil sie durchaus berechtigt mit der Aufhebung der Zunftverfassung und der Einführung einer Gewerbefreiheit rechneten, die keineswegs in ihrem Interesse lag. Zudem hatten sie mit dem Abzug des Hofes wichtige Abnehmer ihrer Produkte und Dienstleistungen verloren, was ihre Skepsis sicher noch verstärkte. Im November beschloss der Jakobinerklub die Auslage eines roten und eines schwarzen Buches, in die sich die Mainzer eintragen sollten. Während man mit der Unterschrift im „Schwarzen“ mit Ketten und der Aufschrift „Sklaverei“ versehenen Buch sich für die Beibehaltung des alten Feudalsystems aussprechen konnte, bedeutete der Eintrag in das rote, mit einer Jakobinermütze verzierte Buch das grundsätzliche Einverständnis mit den Idealen der französischen Revolution und der Übernahme der - lediglich in der Frage der Zunftpolitik modifizierten - französischen Verfassung. In nur wenigen Wochen trugen sich über 1.000 Mainzer in das rote Buch ein, teilweise wohl auch im Glauben, es handele sich hier um eine von Custine und nicht vom Klub initiierte Aktion. Das schwarze Buch war lediglich ein Symbol und enthielt keinen Eintrag..

## Neuer Wind aus Paris ...

Für die ersten Wochen nach tatsächlich von einer weitgehend offenen Diskussion gesprochen werden. Zwar sollte die Bevölkerung überzeugt werden; jedoch waren auch kontroverse Meinungsäußerungen möglich. Im Dezember wurde die Lage aber schon angespannter. Die Rückeroberung Frankfurts durch deutsche Truppen führte den Mainzern vor Augen, dass das Kriegsglück nicht nur auf der Seite der Franzosen stand und auch die

Besetzung ihrer Stadt nur vorübergehend sein könnte. Das ließ sicher viele vorsichtiger in ihren politischen Bekundungen werden. Auch das anfänglich disziplinierte Verhalten der französischen Soldaten veränderte sich zusehends. Erste Austritte aus dem Klub und ein von den Jakobinern jetzt doch klarer erkanntes Desinteresse ihrer Mitbürger führten zu Enttäuschungen auf Seiten der Revolutionsbefürworter.

Als Wende der Geschichte der Mainzer Republik muss aber der 15. Dezember angesehen werden, an dem der Pariser Nationalkonvent als verfassungs- und gesetzgebende Versammlung einen gravierenden Politikwechsel beschloss: die Aufhebung des Selbstbestimmungsrechtes und die Einführung der französischen Staatsform in den besetzten Gebieten (neben der hiesigen Region auch Belgien, Savoyen und Nizza). Die Entwicklung in Mainz ist nie ohne Verbindung mit der Lage in Paris zu sehen; dort wurde der Tonfall im Verlauf der Diskussionen um die Zukunft des abgesetzten Königs zunehmend radikaler. Letztlich war es die Entwicklung in Belgien, wo man eher mit einer unabhängigen belgischen Republik sympathisierte als mit einem Anschluss an Frankreich, die den Umschwung herbeiführte. Der Antrag des Abgeordneten Cambon, der - gegen Robespierres Willen - im Nationalkonvent fast unverändert angenommen wurde, sah vor, alle bestehenden Autoritäten in den besetzten Gebieten abzuschaffen. Aus Urwahlen, geleitet von Commissaren des Konvents, sollten neue Administrationen hervorgehen. Alle, die die Prinzipien von Freiheit und Gleichheit ablehnten, sollten als Feinde Frankreichs angesehen werden.

In Mainz wurde diese neue Ausrichtung der französischen Politik aber erst gegen Ende des Monats bekannt. Eine bereits von der Allgemeinen Administration initiierte Abstimmung

über die zukünftige Verfassung, an der alle Männer über 21 Jahren mit Ausnahme der Knechte und Dienstboten teilnehmen sollten, kam zum Stillstand. 29 von 40 Gemeinden vor allem im Mainzer Umland, aber nur etwa 10 Prozent der Mainzer Zunftbürger hatten sich für die „fränkische Konstitution“ ausgesprochen.

Die Jakobiner hatten nun den Politikwechsel mit zu vollziehen. Forster etwa musste sich mit der Idee, dass die Abstimmungen nun unter der Aufsicht französischer Kommissare und mit erheblich mehr Zwang durchgeführt werden sollten, arrangieren: weil die Mainzer doch allzu träge seien, müssen „wir es ihnen noch wohl gnädigst befehlen, daß sie frei werden sollen und müssen, dann geht's.“

### ... und mangelnde Akzeptanz (in Mainz)

Am Neujahrstag 1793 trafen die drei Pariser Konvents-Kommissare in Mainz ein. Unter ihrer Leitung wurden die nun flächendeckend durchzuführenden Wahlen zu neu einzurichtenden „Munizipalitäten“, also Gemeinde- und Stadtvorständen, und zum als „Rheinisch-Deutscher Nationalkonvent“ bezeichneten Parlament organisiert. Vor der Stimmabgabe sollten die Wahlberechtigten einen Eid schwören, in dem sie sich von ihren bisherigen Landesherren lossagen und den Grundsätzen von Freiheit und Gleichheit verpflichten sollten. Vor allem diese Eidleistung führte zu massiven Protesten. Zwar konnten in 147 von 180 linksrheinischen Gemeinden von Wahlkommissaren, häufig Mitglieder der städtischen Klubs, Wahlen durchgeführt werden, allerdings mit ausgesprochen unterschiedlicher Beteiligung. Die geringe Beteiligung aber gerade in Mainz, wo lediglich 8 Prozent der Wahlberechtigten ihre Stimme abgaben, zeigt den zweifelhaften Erfolg dieser zunehmend repressiv durchgeführten Kampagne an. Noch vor der Wahl waren oppositionelle Bürger ausgewie-



Freiheitsbaum mit Jakobinermütze  
© Stadtarchiv Mainz – BPS

sen worden, einen Tag nach der Verkündung des Wahlergebnisses folgten die Geistlichen, die sich geweigert hatten, den Eid abzulegen. Selbst viele Mitglieder des mittlerweile ohnehin geschrumpften Jakobinerklubs hatten nicht an den Wahlen teilgenommen. Gewiss hatte auch die militärische Lage zur Zurückhaltung beigetragen: am 6. Januar war Hochheim auf der rechten Rheinseite von den Preußen erobert worden, seit dem 10. Februar galt für Mainz der Belagerungszustand. In dieser Situation dürfte die Furcht vieler vor den bereits angedrohten Maßnahmen der alten Herren größer gewesen sein als die vor den Folgen der Eidverweigerung. Mit Sicherheit aber hatte die zunehmend repressive und konfrontative Haltung der Besatzungskräfte, der Administration und auch der einheimischen Jakobiner in einer - zumal seit der Hinrichtung des französischen Königs - aufgeladenen Situation erheblich dazu beigetragen, den Versprechungen der neuen Machthaber zu misstrauen. Auch nach Ablauf der Wahl setzten die Pariser Konventskommissare die noch „ungeschworenen“ Mainzer mit einem Ultimatum, den Eid abzulegen oder ausgewiesen und enteignet zu werden, weiter unter Druck. Massenausweisungen waren die Folge.

### **Eröffnung des Rheinisch-Deutschen Nationalkonvents**

Am 17. März wurde der Rheinisch-Deutsche Nationalkonvent im Deutschhaus eröffnet, dem 130 Abgeordnete angehörten, die aber zu keinem Zeitpunkt alle versammelt waren. Bereits einen Tag später erklärte der Konvent den „ganzen Strich Landes von Landau bis Bingen, welcher Delegirte“ entsandt hatte, zu einem „freyen, unabhängigen, unzertrennlichen Staat“.

Am 21. März beschlossen die Abgeordneten, den „fränkischen Nationalkonvent“ um die „Einverleibung in die fränkische Republik“ zu bitten. Als die drei Mainzer Delegierten, unter ihnen Georg Forster, am 30. März dem Nationalkonvent diese Bitte vortrugen, hatte sich die Situation in Mainz schon völlig verändert. Ende des Monats war den deutschen Truppen die Eroberung der linksrheinischen Region gelungen, Mainz als letzte Bastion der „Mainzer Republik“ wurde eingekreist. Es begann die

„Belagerung von Mainz“.

In dieser letzten Phase wurden die Geschicke der Stadt mehr von dem ausschließlich französisch besetzten Kriegsrat als von den zivilen



*Johann Friedrich Tielker nach Johann Georg Schütz d. Ä.:  
Beschießung von Mainz in der Nacht vom 29. zum 30.  
Juni 1793, Aquatinta, Landesmuseum Mainz (GDKE),  
Inv. Nr. GS D 0/585 © Generaldirektion Kulturelles  
Erbe(GDKE) Landesmuseum Mainz  
(Foto: Ursula Rudischer)  
Im Hintergrund der Belagerungsplan*

Organisationen gelenkt. Der nach der Auflösung im März wiedergegründete Jakobinerklub war praktisch bedeutungslos geworden, zwischen der noch vom Rheinisch-Deutschen Nationalkonvent, der nicht mehr tagte, eingesetzten neuen Allgemeinen Administration und der gewählten, eher gemäßigten Municipalität kam es zu erheblichen Meinungsverschiedenheiten über das weitere Vorgehen. Das kompromislose Vorgehen gegen die Zivilbevölkerung in dieser von Bombardements und Zerstörungen geprägten Phase dürfte die wichtigste Ursache für die pogromartige Stimmung gewesen sein, die sich nach der französischen Kapitulation und dem Abzug der französischen Soldaten nach dem 22./23. Juli in teilweise brutalen Akten der Selbstjustiz gegenüber den in der Stadt verbliebenen oder bei Fluchtversuchen aufgegriffenen Jakobinern und deren Sympathisanten entlud.

## Das Erbe der Mainzer Republik

Die zwei Seiten der Mainzer Republik - das Pendeln zwischen Freiheit und Bevormundung -, sind zu offensichtlich, als dass man sich unkritisch auf ihr Erbe beziehen kann. Trotzdem kann sie als ein Experiment gelten, in dem neue Formen von Öffentlichkeit geballt in einer überschaubaren lokalen Gesellschaft ausprobiert wurden. Seien es politische Reden, Lieder, Texte, Theaterstücke, an die Bevölkerung gerichtete Publizistik aller Art, sicher auch die Formen parlamentarischer Arbeit, mögen sie noch so bruchstückhaft und aus der heutigen Sicht durch ihre Vorbedingungen belastet gewesen sein: in vielen Bereichen können wir vom „ersten Mal“ sprechen, von einer über den lokalen Rahmen hinausgehenden gesellschaftlichen Politisierung, von Phänomenen, die erst Jahrzehnte später wieder aufgegriffen wurden und zweifelsohne zur Vorgeschichte der Demokratie gezählt werden können. Es könnte allerdings auch zu einer anderen Vorgeschichte gehören, nämlich zu der eines staatlichen Handelns, das - ideologisch begründet- tief in die menschlichen Schicksale eingreift und das Denken und Verhalten seiner Bürger in bislang nicht gekannter Weise bestimmen will.

Wenn auch nur kurze Zeit existent, so sind die Nachwirkungen der Mainzer Republik vor allem über ihre Kontinuitätslinien, die in die Zeit des Anschlusses an Frankreich ab 1797/1798 reichen, sichtbar. Viele der Akteure der Mainzer Republik treffen wir wieder in den französischen, vor allem auch in den napoleonischen Jahren. Manche Ideen aus der Zeit von 1792/93 wurden jetzt durchgesetzt, die in vielen Hinsichten fortschrittliche französische Gesetzgebung eingeführt, auch zumindest in der Anfangszeit noch einige Elemente der einstigen Revolutionssymbolik wiederbe-

lebt. Die Errungenschaften dieser Zeit, die Nationalgüterversteigerungen, die rechtlichen Fortschritte, die Abschaffung der alten Agrarverfassung mit all ihren Diensten und Abgaben, die Einführung der Gewerbefreiheit u.v.m. verschafften der linksrheinischen Region der ehemaligen Mainzer Republik und des späteren Departement Mont-Tonnerre viele strukturelle Vorteile, die sie als Provinz Rheinhessen und als bayerische Pfalz auch nach 1815 weitgehend zu verteidigen wusste. Trotz vieler Bedrängnisse durch den napoleonischen Staat, nicht zuletzt den Zwang, Soldaten für dessen Feldzüge zu stellen, blieb diese Phase der Zugehörigkeit zu Frankreich der Bevölkerung des 19. Jahrhunderts deshalb noch lange positiv im Gedächtnis.

Autor:

**Dr. Gunter Mahlerwein**

### Literatur:

- Deutsche Jakobiner: Mainzer Republik und Cirschenanen, 1792-1798 : Ausstellung des Bundesarchivs und der Stadt Mainz im Foyer des Mainzer Rathauses. Mainz 1981.
- Franz Dumont, Die Mainzer Republik von 1792/93: Studien zur Revolutionierung in Rheinhessen und der Pfalz. Alzey 2. Auflage 1993.
- Die Mainzer Republik: der Rheinisch-Deutsche Nationalkonvent, herausgegeben vom Landtag Rheinland-Pfalz, Mainz 1993.
- Rolf Reichardt, Weltbürger - Europäer - Deutscher - Franke: Georg Forster zum 200. Todestag; Ausstellungskatalog; 10. Januar - 27. Februar 1994. Mainz 1994.
- Ludwig Uhlig, Georg Forster: Lebensabenteuer eines gelehrten Weltbürgers (1754 - 1794), Göttingen 2004.

*Hintergrundbild: Freiheitsbaum in der Mosellandschaft an der Grenze zwischen dem Herzogtum Luxemburg und der Französischen Republik mit dem Ort Schengen im Hintergrund*

*Aquarell über Feder- und Bleistiftzeichnung von J. W. Goethe (1792)*

*Diese Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung der LpB Rheinland-Pfalz dar. Für die inhaltlichen Aussagen trägt der Autor/die Autorin die Verantwortung.*

Landeszentrale für  
Politische Bildung  
**LpB**  
Rheinland - Pfalz